



AUSGABE 02/2022 – 25. FEBRUAR

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



**GÜNTER RUDOLPH**

Fraktionsvorsitzender

in dieser Woche haben wir erleben müssen, wie schnell Aggression um sich greifen kann. Wir mussten zusehen, wie ein Kriegstreiber das Leben der Weltbevölkerung und auch der Hessinnen und Hessen verändert. Am Donnerstag, den 24. Februar 2022, hat Russland die Ukraine angegriffen. Dieser Angriff hatte auch Auswirkungen auf den Hessischen Landtag. Aufgrund des russischen Angriffs haben wir den Plenartag gekürzt und stattdessen das Rednerpult dem ukrainischen Generalkonsuls Vadym Kostjuk überlassen. Auch hier möchte ich noch einmal versichern, dass nicht nur die Mitglieder der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, sondern auch alle Hessinnen und Hessen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen und Kriegstreiberi und Aggression aufs Schärfste verurteilen.

Ministerpräsident Bouffier hat am Anfang dieser Plenarwoche noch über Corona-Maßnahmen informiert, die unserer Meinung nach nicht transparent und klar genug kommuniziert wurden. Und auch wenn Zweifel bei der Landesregierung hinsichtlich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht aufgekommen sind – diese Zweifel haben wir nicht und wir erwarten, dass sich die Landesregierung an beschlossenes Gesetz hält. Und wir alle müssen Vorbereitungen für den Herbst treffen, damit Hessen gut durch den zu erwartenden nächsten Anstieg der Corona-Zahlen kommt. Russland überfällt die Ukraine und überrollt die Menschlichkeit, das Völkerrecht und die politische Ordnung unseres Kontinents mit Panzern. Und dabei rücken alle so wichtigen demokratischen Diskussionen dieser Woche in den Hintergrund.

Für ein friedvolles Miteinander  
**Ihr Günter Rudolph**

## PUTIN BRICHT VÖLKERRECHT

UKRAINE



Der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine beschäftigte diese Woche auch den Hessischen Landtag. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, hat den Angriff Russlands in seiner Rede am Donnerstag mit scharfen Worten

verurteilt. Rudolph sagte in der Plenardebatte, Russlands Präsident Putin habe in der Nacht mit dem Überfall auf die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen. „Was aktuell geschieht, muss jeden, der an Demokratie, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen glaubt, fassungslos machen. Putin ist ein Aggressor, der das Völkerrecht mit Panzern niederwalzen lässt.“ Er betonte dabei die uneingeschränkte Solidarität der Fraktion mit der Ukraine und den Menschen dort. „Dieser 24. Februar 2022 ist ein Tag der Schande, den wir nicht ver-

gessen werden. Ich hoffe, dass die Weltgemeinschaft entschlossen und konsequent auf die russische Aggression reagiert, bis Putin bereit ist, die internationalen Regeln wieder anzuerkennen und seine Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Dieser Krieg muss gestoppt werden, ehe er zu einem Flächenbrand wird“, sagte Günter Rudolph. Aufgrund der Situation in der Ukraine wurde die Plenardebatte am Donnerstag stark verkürzt. Der Frankfurter Generalkonsul der Ukraine, Vadym Kostjuk, wurde von den Abgeordneten im Plenarsaal des Hessischen Landtags empfan-

## AUS DEN FEHLERN NICHTS GELERNT

REGIERUNGSERKLÄRUNG

In ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum weiteren Vorgehen in der Corona-Pandemie forderte die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, die Landesregierung zum verantwortungsvollen Vorgehen bei der Lockerung der bestehenden Corona-Maßnahmen auf. „Hessen muss konsequente Anstrengungen unternehmen, um die Ungeimpften – von denen es immer noch zu viele gibt – davon zu überzeugen, dass der beste Gesundheitsschutz eine Impfung ist. Sowohl die Öffnungsschritte als auch die Impfkampagne müssen mit einer transparenten und klaren Kommunikation begleitet werden. Daran hat es von Seiten der Landesregierung seit Beginn der Pandemie bedauerlicherweise gefehlt.“ Ein Teil der Infektionsschutzmaßnahmen müsse auch bei einer

stufenweisen Lockerung der bestehenden Regelungen bestehen bleiben, so Dr. Sommer. Insbesondere die Risiken und Gefahren für ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen dürften nicht unterschätzt werden. „Insbesondere in der Altersgruppe der über Siebzigjährigen ist die Zahl der Todesfälle durch das Virus noch deutlich erhöht. Die Pflege- und Altenheimen sollten weiterhin höchste Priorität bei allen weiteren Schritten haben.“ Es gehe nun vor allem darum, rechtzeitig die erforderlichen Vorbereitungen für den kommenden Herbst zu treffen. „Nach zwei Corona-Jahren liegt die Annahme nahe, dass im Herbst die Infektionszahlen wieder steigen werden – ob mit Omikron oder einer anderen Variante des Corona-Virus. Darauf muss Hessen sich vorbereiten – mit einer ausreichenden Zahl an Tests, mit



ausreichend antiviralen Medikamenten und vor allem mit einem Frühwarnsystem, das die nächste Welle erkennt. „Frühjahr und Sommer sind nicht die Zeit, sich auszuruhen, sondern um Reaktionspläne für die nächste Virusvariante aufzustellen, um die erforderlichen Konzepte für die Schulen, die Hochschulen und die Kitas zu erarbeiten. Dass die schwarzgrüne Landesregierung dieser Aufgabe gewachsen ist, muss man nach den Erfahrungen von zwei Corona-Jahren bezweifeln“, so Dr. Daniela Sommer.

## INVESTITIONSKOSTEN ÜBERNEHMEN

### KRANKENHAUSVERSORGUNG



sern. Dabei ist die Landesregierung im Rahmen des Sicherstellungsauftrages verpflichtet, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten.“

Das Resultat seien verschuldete Kliniken, fehlendes Personal und ein Anstieg an unnötigen Operationen. Damit

Die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, hat ihre Kritik an der mangelnden Verantwortung der Landesregierung für die dringend anstehenden Investitionen in den hessischen Krankenhäusern erneuert: „Seit über 20 Jahren vernachlässigt das Land seine gesetzliche Aufgabe zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäu-

leide nicht nur die Qualität der Krankenhäuser, sondern auch die Gesundheit der Patienten werde zunehmend gefährdet und indem Krankenhäuser Personal einsparten, zahlten auch Ärzte und Pflegekräfte einen hohen Preis in Form von hohem Arbeitsdruck und fehlender Erholung. „Die Landesregierung muss endlich ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen“, so Dr. Daniela Sommer.

### BIODIVERSITÄT



Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Gernot Grumbach, hat in der Debatte

zur Biodiversitätsstrategie in Hessen den massiven Verlust der Artenvielfalt in Hessen als gravierendes Problem bezeichnet: „Wir erleben immer wieder, dass die Landesregierung eine Gesamtstrategie für eine ganzheitliche Bekämpfung des Verlusts der Artenvielfalt vermissen lässt. Anstatt für einzelne Probleme jeweils sogenannte ‚Insellösungen‘ zu kreieren, muss die Landesregierung umfassendere Lösungen anbieten. Der Erhalt der Artenvielfalt ist entscheidend für unsere Zukunft.“

## VON EINER UMSETZUNG NOCH WEIT ENTFERNT

### ISTANBUL-KONVENTION



von einer vollumfänglichen Umsetzung der Konvention sei.

„Die Konvention liegt nun seit Jahren vor und soll von der Bundesregierung vollumfänglich in Gesetze gegossen und umgesetzt werden. Um damit schnell voran zu kommen, sollen auf allen Ebenen Koordinierungsstellen eingerichtet

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Nadine Gersberg, mahnte an, dass Hessen noch weit entfernt

werden. Und wo gibt es sie noch nicht? Richtig: In Hessen.“ Sie kritisierte zudem, dass momentan doppelt so viele Frauenhausplätze

benötigt werden, als vorhanden seien. Auch gebe es nur wenige Angebote der Sensibilisierung und Gewaltprävention. Betrachte man den Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung, so zeichne sich ein ebenso schwieriges Bild ab. „In die Räumlichkeiten der Beratungsstellen gelangen Frauen und Mitarbeiterinnen an einigen Orten nur begleitet von Schmährufen, Drohungen und Beschimpfungen von Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern.“ Von einer Umsetzung der Istanbul-Konvention sei Hessen noch weit entfernt, so Gersberg.

## EIN GROSSER VERDIENST DER POLIZISTEN

In der Plenardebatte zu der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2021 sagte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Heike Hofmann: „Der Rückgang der Fallzahlen im Jahr 2021 ist natürlich erfreulich. Es gehört aber zur Wahrheit dazu, dass dies in allererster Linie der hervorragenden Arbeit der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu verdanken ist, die auch unter enorm schwierigen äußeren Rahmenbedingungen gewissenhaft und professionell ihren Dienst verrichten – nicht zuletzt in Hinblick auf die anhaltende Corona-Pandemie mit neuen Herausforderungen wie den zuletzt gehäuft auftretenden sogenannten ‚Montagsspaziergängen‘



oder der Häufung von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger sowie Polizei- und Rettungskräfte.“ Die positiven Entwicklungen in Bereichen wie dem Wohnungseinbruch seien unter Corona-Bedingungen mithin kein Verdienst der schwarzgrünen Landesregierung und von Innenminister Peter Beuth. „Sich als Landesregierung hinzustellen und hierfür die Lorbeeren einheimen zu wollen ist daher schon ein wenig gewagt – insbesondere, wenn über Jahre hinweg Stellen bei der Polizei abgebaut worden sind. Zum Wiederauffüllen der Stellenkontingente mussten wir die Landesregierung über Jahre hinweg auffordern und werden dies auch in Zukunft tun“, so Hofmann.

## WOLFSMANAGEMENT

Der jagdpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Heinz Lotz, forderte ein bundesweit einheitliches Wolfsmonitoring und mehr Wildtierforschung in Hessen. Ein Antrag der Freien Demokraten für ein aktives Bestandsmanagement setze die falschen Prioritäten. „Erst wenn Forschung und Monitoring verlässliche Erkenntnisse über die Wolfsentwicklung in Hessen geliefert haben, können wir über ein Bestandsmanagement sachlich diskutieren. Dabei hätten die Freien Demokraten genug andere Kritikpunkte am Wolfsmanagement der Landesregierung finden können: Fehlende Aufklärung und mangelnde Transparenz, unkonkrete und zu unverbindliche Unterstützung für den Herdenschutz und ein nahezu komplettes Herunterfahren der Wildtierforschung in Hessen.“ Es sei gut, dass die neue Bundesregierung ein einheitliches Wolfsmonitoring in Deutschland fordere. Noch wichtiger sei aktuell jedoch eine generelle Ausweitung der Forschung.



## LOBHUDELEI BAUT KEINE RADWEGE

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert, hat den zögerlichen Radwegeausbau in Hessen kritisiert: „Auch, wenn die Grünen gerne was anderes behaupten wollen: Im bundesweiten Vergleich liegt der Anteil von Radwegen an Landesstraßen in Hessen bei nur 13 Prozent. Nicht zuletzt der Mobilitätsindex des ADAC bescheinigt der hessischen Verkehrspolitik, dass sie keine Fortschritte bei der Nachhaltigkeit macht. In dem Bericht werden zwar die Aktivitäten der



Kommunen beim Ausbau der Radschnellwege gelobt. Dennoch erfolgen keine Verbesserungen in Hessen bei nachhaltiger Mobilität. Der positiven Bilanz der Grünen widerspricht auch das Vorgehen der Initiative für eine Verkehrswende, die mit einem Verkehrswende-Gesetz die Mobilitätspolitik in Hessen voranbringen will. Sollte das nicht eigentlich die Aufgabe der Landesregierung sein?“ Er forderte mehr Verantwortung für den Radwegbau, insbesondere im Bereich der überörtlichen Radschnellwege.

### IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

### REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),  
Cord Wilke,  
Martina Häusl-David,  
Luisa Neurath,  
Christina Schäfer.

### BILDER:

Angelika Aschenbach, Stefan Krutsch.